

Tagungsbericht

# Europa: Wohin, wie weit und mit wem?

Eine Tagung der Allianz SE und der Stiftung Marktwirtschaft  
am 8. Oktober 2013 in Berlin



## Inhaltsverzeichnis

### 3 Begrüßung und Einführung

Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger  
*Generalbevollmächtigter  
für Regierungsbeziehungen Allianz SE*

Prof. Dr. Michael Eilfort  
*Vorstand Stiftung Marktwirtschaft*

### 4 Stark und wettbewerbsfähig – Eine Europäische Union für das 21. Jahrhundert

Dr. Wolfgang Schäuble MdB  
*Bundesminister der Finanzen*

### 5 Die Währungsunion als Stabilitätsunion

Dr. Jens Weidmann  
*Präsident der Deutschen Bundesbank*

### 6 Podiumsdiskussion: Quo vadis Europa?

Servaas Deroose  
*Stv. Generaldirektor Wirtschaft und Finanzen  
der Europäischen Kommission*

Prof. Günter Verheugen  
*Ehemaliger Vizepräsident der EU-Kommission,  
ehemaliger EU-Kommissar für Unternehmen  
und Industrie sowie EU-Erweiterung*

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing  
*Ehemaliger Chefvolkswirt und  
ehemaliges Direktoriumsmitglied der EZB*

Sylvie Goulard MdEP  
*Mitglied der liberalen Fraktion und  
des Econ-Ausschusses des Europäischen Parlaments*

Prof. Jörg Rocholl Ph. D.  
*Präsident ESMT  
(European School of Management and Technology)*

Prof. Dr. Michael Heise  
*Chefvolkswirt Allianz SE*

**Moderation:** Dr. Eckart Lohse, *Büroleiter Berlin, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*





## Begrüßung und Einführung

### Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger

Generalbevollmächtigter  
für Regierungsbeziehungen Allianz SE

„Das Thema Europa gehört zu den zentralen Zukunftsthemen deutscher Politik“ betonte Prof. Dr. h.c. Wolfgang Ischinger, Generalbevollmächtigter für Regierungsbeziehungen der Allianz SE, in seiner Begrüßung. Nachdem in den letzten Jahren aufgrund der krisenhaften ökonomischen Entwicklung vor allem Einzelaspekte und insbesondere unterschiedliche Rettungspakete im Vordergrund der Diskussion gestanden hätten, sei nun eine Auseinandersetzung mit grundsätzlichen Fragen zur Zukunft Europas überfällig. Welches Europa wolle man langfristig und wie könne der Weg zu diesem Ziel aussehen? Darüber müsse man immer wieder diskutieren und auch streiten. Daher wertete Ischinger es zugleich als ermutigendes Signal, dass über 450 Tagungsteilnehmer den Weg in das Allianz-Forum am Pariser Platz gefunden hatten, um sich über das Thema „Europa: Wohin, wie weit und mit wem?“ zu informieren und auszutauschen. Nach einer kurzen Vorstellung der Referenten und Diskutanten übergab Ischinger an Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft.

### Prof. Dr. Michael Eilfort

Vorstand Stiftung Marktwirtschaft

Prof. Dr. Michael Eilfort warf in seiner kurzen Einführung zum einen die Frage auf, ob man die durch diverse Rettungspakete und unter Hinnahme durchaus problematischer Nebenwirkungen „erkaufte Zeit“ bislang ausreichend nutze, um die notwendigen Strukturreformen in den Krisenländern und auf europäischer Ebene anzugehen. Dabei betonte er, dass man vom „Wohlfühleuropa auf Pump“ der vergangenen Jahrzehnte Abschied nehmen müsse und Europa nur mit grundlegenden Veränderungen und Reformen ökonomisch voranbringen könne. „Demokratie ohne Geschenke“ sei die neue Herausforderung, vor der Europa stehe. Zum anderen hielt er es für erforderlich, dass der Gedanke der europäischen Integration wieder besser erklärt und – gerade auch im Hinblick auf die anzustrebende Weiterentwicklung – offener diskutiert werde: „Wollen wir Wettbewerb und Einheit in europäischer Vielfalt oder mehr Zentralisierung und Vereinheitlichung?“ Mit einem demokratiedefizitären „Hinterzimmereuropa“ der Eliten sei die Zukunft, so Eilfort, jedenfalls nicht zu gewinnen.

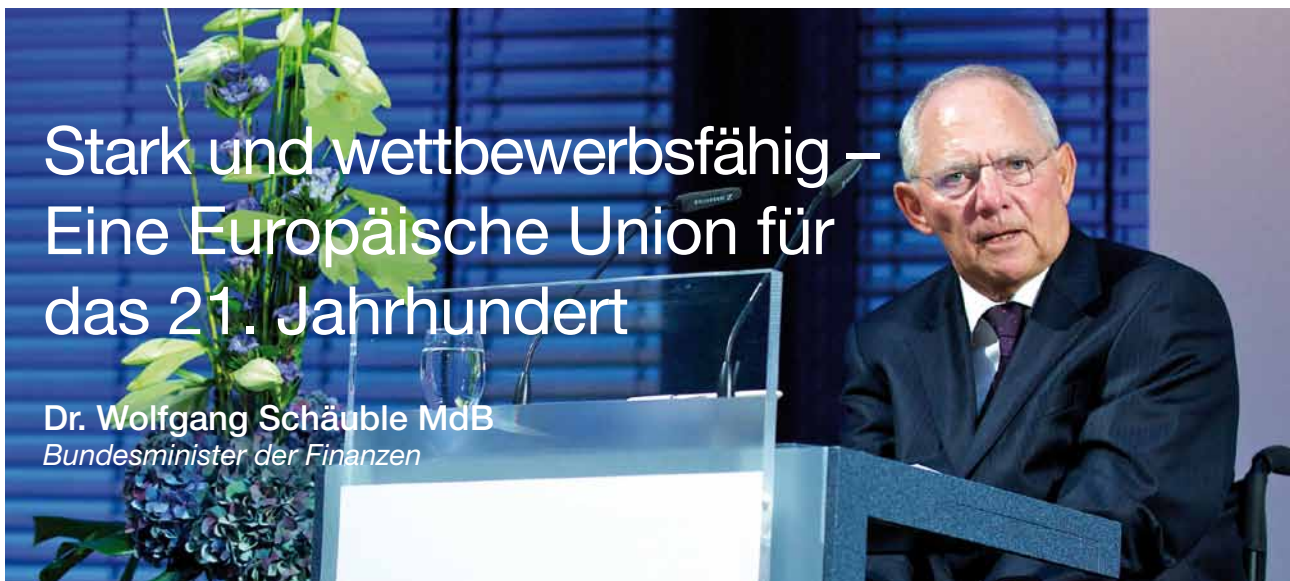
---

## Impressum

Dr. Susanna Hübner (V.i.S.d.P.)  
Stiftung Marktwirtschaft, Charlottenstraße 60, 10117 Berlin,  
Tel.: (030) 20 60 57-0, [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)

Ansprechpartner: Dr. Guido Raddatz, [raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de](mailto:raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de)

Fotos: Kay Herschelmann



## Stark und wettbewerbsfähig – Eine Europäische Union für das 21. Jahrhundert

Dr. Wolfgang Schäuble MdB  
Bundesminister der Finanzen

„Die Krise hat uns die Defizite Europas klar vor Augen geführt.“ Mit dieser Feststellung leitete Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble seinen Eröffnungsvortrag ein und verwies dabei exemplarisch auf die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit in einer Reihe von Ländern. Vorwiegend schuldengetriebenes Wachstum habe diese Problematik zwar eine begrenzte Zeit lang übertünchen können, sei aber nicht nachhaltig gewesen. Zudem seien im Zuge der kriseninduzierten Rettungsmaßnahmen institutionelle Mängel in der Europäischen Union deutlich geworden. Jetzt gelte es, die europäische Integration voranzubringen, um Europa zu stärken und wettbewerbsfähig zu machen.

Schäuble hob hervor, dass die – gegen manche Kritik – ergriffenen Stabilisierungsmaßnahmen und die begonnenen Reformen positive Wirkungen zeigten: Eine bessere Koordination der nationalen Finanz- und Haushaltspolitiken, die Verankerung nationaler Schuldenbremsen oder auch der permanente Krisenbewältigungsmechanismus ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), der Ansteckungseffekte erstickt und Zeit für Strukturreformen geschaffen habe, seien wichtige Lösungselemente im Kampf gegen die Krise. „Wir sind auf dem richtigen Weg“ schlussfolgerte der Bundesfinanzminister angesichts einer beginnenden wirtschaftlichen Erholung und mahnte, den eingeschlagenen Reformkurs beizubehalten, um nachhaltiges Wachstum und neue Arbeitsplätze zu generieren. Gleichzeitig müsse Europa alles tun, um Fehlanreize – etwa durch die Vergemeinschaftung von Haftungsrisiken oder Euro-Bonds – zu vermeiden. Die Europäische Zentralbank (EZB) könne nicht die Defizite Europas beheben. Das sei Aufgabe der Politik.

Der CDU-Politiker räumte ein, dass die resultierenden Anpassungsprozesse äußerst schmerzhaft, letztlich aber unvermeidbar seien. Vor allem die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern stelle eine ernstzunehmende Herausforderung für Europa dar. Um langfristig negativen Auswirkungen entgegenzuwirken, seien sowohl auf europäischer wie auch auf bilateraler Ebene zahlreiche Hilfsmaßnahmen

ins Leben gerufen worden. „Wir sind ein demographisch alter Kontinent – und deswegen brauchen wir umso mehr unsere junge Generation“, konstatierte Schäuble.

Im zweiten Teil seines Vortrages ging der Bundesfinanzminister der Frage nach, wie man zukünftigen Krisen besser vorbeugen kann. Unerlässlich seien eine bessere Finanzmarktregulierung und ein effektiverer Schutz der Steuerzahler bei Banken Krisen durch die umfassende Beteiligung von Eigentümern und Gläubigern. Letzteres solle mit der Vollendung der europäischen Bankenunion erreicht werden. „Mit ihr wollen wir die Risiken aus dem Finanzsektor stärker von den Risiken der Staatsverschuldung trennen“, erläuterte Schäuble und konkretisierte, dass die bereits beschlossene gemeinsame Bankenaufsicht großer europäischer Finanzinstitute durch die EZB nun noch um einen funktionsfähigen Bankenabwicklungsmechanismus ergänzt werden müsse. Eine optimale Lösung setze allerdings eine langwierige Veränderung der europäischen Verträge voraus, befürchtete Schäuble. In einem Zwei-Stufen-Plan hätten daher auch kurzfristige Verbesserungen mit „Second-Best-Charakter“, die sich über intergouvernementale Vereinbarungen erzielen ließen, eine Berechtigung.

Bezüglich des zu vereinbarenden Abwicklungsmechanismus forderte Schäuble eine unstrittige Rechtsgrundlage und eine anreizkompatible, den ESM und die Steuerzahler schützende Haftungskaskade, bei der die Budgethoheit der Mitgliedstaaten unangetastet bleibt. Zudem dürfe die EU-Kommission nicht zugleich Beihilfe- und Abwicklungsbehörde sein, da ein solches Konstrukt unweigerlich zu schweren Interessenkonflikten führen würde. Stattdessen plädierte der Finanzpolitiker für ein aus den nationalen Abwicklungsbehörden zusammengesetztes zentrales Abwicklungsgremium, bis man sich auf eine Vertragsänderung einigen könne.

„Die Zeit drängt, Europa weiterzuentwickeln“, betonte Schäuble am Ende seiner Rede. „Aber wenn dies gelingt, dann bin ich überzeugt, dass Europa seine beste Zeit noch vor sich hat.“



Dr. Jens Weidmann, Präsident der Deutschen Bundesbank, erinnerte eingangs seines Vortrages daran, dass die Europäische Währungsunion trotz prominenter Warnungen lange Zeit als Schrittmacher für die europäische Integration angesehen worden sei. Nun habe Europa in den letzten Jahren erkennen müssen, dass eine Währungsunion ohne vertiefte politische Union krisenanfällig ist.

Rückblickend zeige sich, dass sowohl Fehlentwicklungen auf nationaler Ebene als auch Mängel in der institutionellen Ausgestaltung der Währungsunion zum Entstehen der Krise beigetragen haben, erläuterte Weidmann. Die Krisenländer hätten lange Zeit „über ihre Verhältnisse gelebt“. Aufgrund über dem Produktivitätsanstieg liegender Lohnerhöhungen hätten sie zudem ihre Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt, ohne dass sie diese Entwicklung durch nominale Wechselkursabwertungen hätten kompensieren können. Mit Blick auf den institutionellen Rahmen der Währungsunion kritisierte Weidmann, dass es von Anfang an nicht gelungen sei, ausreichend verbindliche Schranken für die in nationaler Kompetenz verbleibende Finanz- und Wirtschaftspolitik zu errichten. Zwar habe man sich auf fiskalische Regeln geeinigt, diese seien jedoch von allen Akteuren nicht besonders ernst genommen worden. Weitere offene Flanken im institutionellen Rahmen der Währungsunion seien die Vernachlässigung gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen jenseits der Staatsverschuldung, eine Unterschätzung des Ansteckungsrisikos zwischen den Ländern und die fatale Einladung zu „regulatorischer Arbitrage“ angesichts der in nationaler Zuständigkeit verbleibenden Finanzmarktaufsicht und -regulierung gewesen.

Im Hinblick auf die zahlreichen Rettungsmaßnahmen zur Bewältigung der Krise bemängelte er, dass es zu einer faktischen Ausweitung der Gemeinschaftshaftung gekommen sei, ohne im Gegenzug wirksame Kontrollrechte zu etablieren. Damit sei das Verhältnis von Kontrolle und Haftung aus dem Gleichgewicht geraten, argumentierte der Bundesbankpräsident. Von den beiden potentiellen

Lösungsalternativen „Fiskalunion“ oder konsequenteres „Maastricht 2.0“ hielt er derzeit nur die zweite Alternative für umsetzbar. Diesbezüglich habe es auch bereits Fortschritte gegeben. Allerdings müsste das verschärfte Regelwerk in Zukunft auch konsequent durchgesetzt werden. Die mit einer Fiskalunion verbundenen Souveränitätsverluste würden hingegen Verfassungs- bzw. Vertragsänderungen erfordern, für die es derzeit keine ausreichende politische Unterstützung gebe.

„In Zukunft müssen Staatsinsolvenzen und vor allem Insolvenzen von Banken möglich werden, ohne dass die Stabilität des Finanzsystems in Gefahr gerät“, forderte Weidmann und sprach sich für eine Bankenunion aus, die neben einer einheitlichen Aufsicht für systemrelevante Finanzinstitute – idealerweise außerhalb der EZB – ein klares Abwicklungs- und Restrukturierungsregime umfasst. Zudem sollte die regulatorische Vorzugsbehandlung von Staatsanleihen als risikolose Vermögenswerte beendet werden.

Der Bundesbankpräsident warnte davor, den Notenbanken immer mehr Verantwortung zu übertragen und sie mit Aufgaben zu überfrachten, die eigentlich in den Zuständigkeitsbereich der Staaten fielen. Es bestehe sonst die Gefahr, dass die Geldpolitik das eigentliche Ziel, die Inflationskontrolle, den Finanzierungsbedürfnissen der Staaten oder kurzfristigen Finanzstabilitätsaspekten unterordne. Damit aber gerate die Unabhängigkeit der Notenbank in Gefahr – und damit eine der zentralen Voraussetzungen für stabiles Geld.

Weidmann schloss mit dem Hinweis, dass institutionelle Reformen auf europäischer Ebene noch keine hinreichende Bedingung für eine stabile Währungsunion seien. Vielmehr müssten auch die Mitgliedsländer auf nationaler Ebene Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und für nachhaltiges Wachstum ergreifen. „Der Euro-Raum wird nur dann stark und wirtschaftlich leistungsfähig sein, wenn es auch seine einzelnen Mitgliedstaaten sind.“

6



## Podiumsdiskussion: Quo vadis Europa?

Im Verlauf der von Dr. Eckart Lohse, Berliner Büroleiter der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, sachkundig geleiteten Podiumsdiskussion zur Frage „Quo vadis Europa?“ wurden zahlreiche Überlegungen und Argumente ausgetauscht, wie die Zukunft Europas gestaltet werden sollte.

### Servaas Deroose

Stv. Generaldirektor Wirtschaft und Finanzen  
der Europäischen Kommission

Servaas Deroose stimmte den beiden Hauptrednern im Wesentlichen zu, was die Ursachenanalyse der Krise betrifft. Angesichts der Bedeutung solider Staatsfinanzen habe die EU-Kommission bei den von ihr in den letzten Jahren angestoßenen Reformen vor allem auf eine Stärkung der Stabilitätskultur und der fiskalischen Nachhaltigkeit gezielt. Da die Krise die ökonomische Ausgangslage in der Euro-Zone verändert habe, reichten diese Maßnahmen allerdings nicht aus, um die Europäische Währungsunion angemessen auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten, argumentierte Deroose. Weitere Schritte müssten folgen, um zukünftige Krisen zu vermeiden. Das drängendste Problem, die



Servaas Deroose und Dr. Eckart Lohse, Moderator der Tagung und Büroleiter Berlin der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* (v.li.).

Verwirklichung der Bankenunion, werde derzeit auf europäischer Ebene in Angriff genommen. Darüber hinaus plädierte er eindringlich dafür, auf eine sehr viel stärkere fiskalische und politische Integration innerhalb der Euro-Zone und der EU hinzuwirken, und verwies hinsichtlich der sukzessive zu ergreifenden Schritte auf das von der Kommission im Jahr 2012 vorgelegte „Konzept für eine vertiefte und echte Wirtschafts- und Währungsunion“.

Drei der von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmenbündel hielt Deroose für besonders vielversprechend, um Fortschritte auf dem Weg zu einer funktionierenden Fiskalunion zu machen: Erstens das sogenannte „Instrument für Konvergenz und Wettbewerb“, das den Mitgliedstaaten mittels vertraglicher Vereinbarungen und finanzieller Hilfen zusätzliche Anreize für notwendige Strukturereformen geben soll. Zweitens begrenzte Formen gemeinschaftlicher Verschuldung, etwa über Euro-Anleihen oder einen Schuldentilgungsfonds, ähnlich wie ihn der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorgeschlagen habe. Und drittens – langfristig – ein eigenständiges und ausschließlich aus Eigenmitteln gespeistes fiskalisches Stabilisierungsinstrument für die Euro-Zone, das in einen autonomen Haushalt für die Euro-Zone münden könnte. Deroose ergänzte, dass bei allen Maßnahmen zwei Grundprinzipien beachtet werden müssten: Zum einen die Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten für ihr Handeln, was strikte Konditionalität bei allen Hilfsmaßnahmen erfordere. Zum anderen müssten Schritte zu einer fiskalischen Union durch eine vertiefte politische Integration ergänzt werden, um eine ausreichende demokratische Legitimierung zu gewährleisten.

### Prof. Günter Verheugen

*Ehemaliger Vizepräsident der EU-Kommission, ehemaliger EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie sowie EU-Erweiterung*

„Wir sind uns gar nicht im Klaren darüber, wie reparaturbedürftig das europäische Gesamtsystem ist“, stellte Prof. Günter Verheugen zu Beginn seiner Ausführungen fest und ergänzte, dass die jahrzehntelange Integrationsdynamik von Vertiefung und Erweiterung zum Stillstand gekommen sei. Er identifizierte vier drängende Aufgaben, die es zu bewältigen gelte: Europa müsse wieder global wettbewerbsfähig werden, eine nachhaltige Finanzwirtschaft im öffentlichen und privaten Sektor schaffen, internationale Handlungsfähigkeit als gleichberechtigter Partner erlangen und sich eine Governance-Struktur geben, die den Erfordernissen des 21. Jahrhunderts entspricht.

Die häufig vorgebrachte „Standardantwort“ mit der Forderung nach mehr Europa, einer Wirtschaftsregierung und einer politischen Union kritisierte der ehemalige Kommissar hingegen als gegenstandslosen „Hurra-Patriotismus“, der an den Wünschen vieler Bürger vorbeiginge. Europa werde derzeit weniger als Versprechen, sondern eher als Bedrohung empfunden. Bevor man für Europa neue weitreichende Integrationspläne schmiede, gelte es daher, zwei Grundbedingungen zu erfüllen: Zum einen müsse die aktuelle Krise beherrscht werden. Diesbezüglich zeigte Verheugen Sympathien für die pragmatische Herangehensweise von Finanzminister Schäuble, auch wenn er die als „Zwischenschritt“ angedachten direkten Verträge zwischen Kommission und einzelnen Mitgliedstaaten als systemfremd kritisierte. Zum anderen müssten Vertrauen und Zustimmung zum europäischen Integrationsprojekt wieder hergestellt werden – und Reformen für mehr Effizienz, Transparenz, Flexibilität, Subsidiarität und mehr Demokratie in Angriff genommen werden.

### Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing

*Ehemaliger Chefvolkswirt und ehemaliges Direktoriumsmitglied der EZB*

Prof. Dr. Otmar Issing betonte, dass Europa mehr sei als die Währungsunion und der Euro. „Für mich ist Europa vor allem der Kontinent der Freiheit und der Freizügigkeit der Menschen“. Diese Errungenschaft dürfe man bei der zukünftigen Gestaltung Europas nicht gefährden.

Das von vielen geforderte „starke Europa“ habe aus seiner Sicht wenig mit einer einheitlichen Währung zu tun. Entscheidend seien vielmehr eine gemeinsame Außenpolitik oder eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Wirtschaftswachstum bekomme man aber nicht durch eine stärkere europäische Zentralisierung, sondern indem die einzelnen Länder ihre Hausaufgaben machen. Der ehemalige EZB-Chefvolkswirt hielt es für fatal, dass sich die EU in Bereiche einmische und Verantwortungen übernehme, für die sie gar keine Kompetenzen habe. Nationales Politikversagen würde



Prof. Günter Verheugen.

so Europa zur Last gelegt – etwa die verfehlten Wachstumsziele der Lissabon-Strategie oder die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedstaaten. Zugleich wandte er sich gegen Forderungen nach mehr europäischen Kompetenzen. Die damit vielfach einhergehende Haftungsvergemeinschaftung – etwa durch Euro-Bonds – würde nicht nur gefährliche Fehlanreize beinhalten, sondern auch ohne ausreichende demokratische Legitimation erfolgen. Issing warnte davor, die europäische Integration durch Verteilungskämpfe zu gefährden und auf absehbare Zeit weitere Bereiche der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik zu „vergemeinschaften“. Stattdessen plädierte er für eine Rückkehr zu einer regelgebundenen Fiskalpolitik mit klaren nationalen Verantwortlichkeiten und einer Kontrolle auch durch die Märkte.



Sylvie Goulard MdEP und Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Otmar Issing.

### Sylvie Goulard MdEP

*Mitglied der liberalen Fraktion und des Econ-Ausschusses des Europäischen Parlaments*

Sylvie Goulard MdEP plädierte in der Diskussion eindringlich dafür, die europäische Gesamtperspektive nicht aus den Augen zu verlieren. „Die EU ist viel mehr als eine Allianz von Staaten“, argumentierte die französische Europaparlamentarierin und verwies auf die europäischen Institutionen und insbesondere das Europäische Parlament. Während der Krise sei deren Bedeutung allerdings nicht ausreichend zur Geltung gekommen. Zwar habe das Europäische Parlament im legislativen Bereich zahlreiche Maßnahmen gegen die Krise

beschlossen. Letzten Endes hätten aber die Mitgliedstaaten – insbesondere über den Europäischen Rat – eine dominierende Rolle eingenommen. Wichtige Entscheidungen über die Zukunft einzelner Krisenländer seien in intransparenten nächtlichen Sitzungen ohne kollektive Legitimation getroffen worden. Goulard berichtete, dass dabei vor allem in den von der Krise betroffenen Ländern der Eindruck einer unerwünschten Hegemonie Deutschlands entstanden sei. Kritisch ging die Parlamentarierin auch mit der Troika ins Gericht. Diese werde in einigen Ländern als eine Kolonialmacht empfunden.

Um die EU auf Dauer handlungsfähig zu halten und die europäische Integration zu stärken, empfahl Goulard, eine echte grenzüberschreitende Demokratie in Europa aufzubauen. Damit würde man auch den aus ihrer Sicht höchst problematischen Bestrebungen entgegenwirken, gemeinsam getroffene Entscheidungen nachträglich auf nationaler Ebene kontrollieren und gegebenenfalls wieder rückgängig machen zu wollen, ohne dabei die Belange der davon negativ betroffenen Länder ausreichend zu berücksichtigen.

### Prof. Jörg Rocholl Ph. D.

Präsident ESMT

Prof. Jörg Rocholl kritisierte in der Diskussion, dass die Politik die Märkte häufig als Sündenbock nutze und für eigene Versäumnisse verantwortlich mache. Ein erfolgversprechender Weg aus der Krise erfordere hingegen die Wiederherstellung grundsätzlicher marktwirtschaftlicher Prinzipien, wobei es prinzipiell zwei alternative Modelle gebe: Entweder die Länder treffen dezentral und individuell ihre Entscheidungen, stehen dann aber auch für die Ergebnisse gerade, oder Europa entscheidet gemeinschaftlich, trägt dann aber auch die jeweiligen Folgen in gemeinsamer Verantwortung. Beides sei besser als die ungesunde Mischung aus diesen beiden Alternativen in der Vergangenheit. Das Zusammentreffen von individuellen Entscheidungsfreiheiten und kollektiver Verantwortung habe fast zwangsläufig zu Fehlanreizen geführt. So zeigten die unrealistisch niedrigen Zinsabstände zwischen den Ländern nach Einführung des Euro, dass Eigenverantwortung und No-Bail-Out von Anfang an nicht realistisch waren. Diese Entwicklung dür-



Prof. Jörg Rocholl Ph.D.

fe man jedoch nicht den Märkten anlasten. Vielmehr habe die bis heute geltende regulatorische Bevorzugung von Staatsanleihen die Bildung von gefährlichen Klumpenrisiken in den Bankbilanzen befördert. Rocholl räumte ein, dass Märkte nicht immer perfekt seien. Gleichwohl könne Europa nur dann eine erfolgreiche Zukunft haben, wenn die Einheit von Eigentum und Haftung, von Freiheit und Verantwortung wiederhergestellt wird. Diese Prinzipien müssten auch bei der Umsetzung der Bankenunion beachtet werden.

### Prof. Dr. Michael Heise

Chefvolkswirt Allianz SE

„Ich glaube an die Stabilität des Euro“, formulierte Prof. Dr. Michael Heise eingangs seines Impulsstatements in der Diskussion. In den letzten Monaten habe sich die Lage auf den Finanzmärkten in beeindruckender Weise stabilisiert – nicht zuletzt dank der Ankündigungen von EZB-Präsident Mario Draghi. Auch bei den Bankenmärkten gebe es Fortschritte. Die von der Politik verfolgte Strategie der konditionierten Hilfe funktioniere im Großen und Ganzen, argumentierte der Chefvolkswirt der Allianz SE, zumal die ökonomischen Fortschritte in den Krisenländern belegten, dass die Reform- und Konsolidierungsstrategie nicht zu einer Abwärtsspirale führen.



Prof. Dr. Michael Heise.

Um das Vertrauen der Investoren und Finanzmärkte in die Euro-Zone weiter zu stärken, empfahl Heise drei Maßnahmenbündel: Am wichtigsten sei, die begonnenen Struktur-reformen fortzusetzen und keinen Zweifel an der Reformfähigkeit aufkommen zu lassen, um die Risikoprämien niedrig zu halten. Diesbezüglich seien vor allem die Mitgliedstaaten gefordert. Daneben müsse die EU für klare und stabile Spielregeln für Staats- und Bankeninsolvenzen sorgen. Und schließlich erwarteten die Finanzmärkte weitere Integrationsfortschritte in Europa hin zu einer Fiskal- und Bankenunion. Dabei gehe es weniger um eine Transferunion, sondern vielmehr um die Einhaltung der Verschuldungsregeln und strenge Aufsichtsmechanismen, um Fehlentwicklungen wie in der Vergangenheit vorzubeugen. Zum Abschluss äußerte Heise die Hoffnung, dass sich die Krise positiv auf die europäische Integration auswirke und Europa am Ende voranbringe.